

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet samstags den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 fr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 fr.



Insertionsgebühr für eine Garmund-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 fr., für 2malige 8 fr., für 3malige 10 fr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 fr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 fr. für 3 Mal, 1 fl. 40 fr. für 2 Mal und 90 fr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des A. G. Pummerer zum Präsidenten, und des Franz Honauer zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbeakademie in Linz bestätigt.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des Wilhelm v. Alth zum Präsidenten, und des Isaak Rubinstein zum Vize-Präsidenten der Handels- und Gewerbeakademie in Czernowitz bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 10. Februar.

Auch der gescheideste Mann kann nicht von sich sagen, daß er nie in seinem Leben eine Dummheit begangen habe. In der preußischen Kammer mögen recht viel gescheide Männer sitzen; die Annahme des Vinckeschen Amendements bezüglich der italienischen Frage, ist eine kolossale Dummheit. Abgesehen davon, daß dadurch bewiesen wird, wie wenig vertraut die Herren mit weittragenden politischen Dingen sind, ist es noch sehr unklug gehandelt, Preußen die geringen Sympathien, welche es in Österreich und Süddeutschland besitzt, vollends zu verschherzen. Und wahrlich, das ist gerade jetzt nothwendig, jetzt, wo der Ruf nach Einheit und Einigkeit lauter tönt als je, wo die Gefahr immer näher rückt und tausend Besorgnisse wachruft. Die österreichische Presse muß die übrige deutsche wird ihr Verdammungsurteil über diesen Alt politischen Blödsinn aussprechen. Die „Ost-D. P.“ bringt einen energischen Artikel, und sagt: „Es ist ein schwachwoller Alt! Eben so leichtfertig, als entwürdigend. Die italienische Presse und wahrscheinlich auch ein Theil der französischen und englischen wird den Kopf des Herrn v. Vinke mit Lorbeer krönen. Aber im vertraulichen Gespräche wird bei den Politikern aller Parteien nur ein höhnisches und verächtliches Urtheil zu hören sein. Was wird nun die Folge sein? Blamage! Denn daß ein so unbesonnenes, undeutsches Votum nicht maßgebend sei für die Regierung, liegt auf der Hand. Würde es als maßgebend aufgefaßt, so müßte Herr v. Schleinitz sein Portefeuille niederlegen, und vor dem Missbrauensvotum sich zurückziehen. Aber es wird geben, wie es mit der Heeresergänzung gegangen ist. Die Kammer hat votirt und der Prinz-Régent hat dekretirt. Der Beschuß, den die 159 zur Majorität erhoben, ist zu unpolitisch, er wird viel zu viel Rekriminationen in Deutschland hervorrufen, als daß es der Regierung nicht leicht werden sollte, später dieses Votum durch ein anderes paralytiren zu lassen.“ Sie wird es thun, denn es muß ihr daran gelegen sein die Schande auszumerzen. Sie braucht nichts anders zu thun, als die Frage noch ein Mal in anderer Form vorzulegen. Der Vincke-sche Auftrag erlangte nur durch Zufall die Majorität, mehr als 45 Mitglieder der Kammer waren abwesend. Bei einer zweiten Abstimmung, wenn ganz Deutschland und Österreich sich ausgesprochen haben werden, wenn die Presse Frankreichs und Englands „Mitleidartikel“ über die Vincke-sche Staatsweisheit gebracht haben werden, dürfte das Resultat ein ganz anderes sein. Aber selbst, wenn die Regierung über den Vorfall hinweggehen sollte, wird sie sich in ihrer auswärtigen Politik nicht beirren lassen, dafür spricht schon die Anschauung des Ministeriums, wie sie Baron Schleinitz in seiner Rede entwickelte, die wir nachstehend folgen lassen. Aber auch die gegenwärtige friedliche Stimmung der Kabinete wird nicht um ein Haar breit von der eingeschlagenen Richtung abweichen. Piemont kann um Venetien keinen Krieg führen, Frankreich will jetzt keinen Krieg

haben, das preußische, englische und russische Kabinet haben sich wenigstens auf diplomatischem Wege gegen jede fernere Gewaltthätigkeit Piemonts ausgesprochen. Es ist sogar leicht möglich, daß die gesetzgebende Kammer Frankreichs sich durch das preußische Votum veranlaßt fühlt, in einem entgegengesetzten Sinne zu votiren, theils um Preußen nicht nachzutreten, theils aus alter Antipathie gegen ein Land, das den napoleonischen Ideen von jeher im Wege stand, und gegen das man eben jetzt nicht sonderlich freundlich gestimmt ist.

Rede des Ministers Schleinitz.

Nachdem mehrere Redner sich ausführlich über die italienische Frage verbreitet haben, glaube ich Ihnen den Standpunkt darlegen zu müssen, von dem aus die königl. Regierung diese wichtige Frage betrachtet. Sie hat nicht den geringsten Grund zur Mißgunst gegen Italien, gegen das Volk, welches einst die Welt beherrschte, das in Kunst und Wissenschaft Großes und Außerordentliches geleistet, welches auch seinen Namen mit ruhmvollen Zügen in die Kulturgeschichte der Menschheit eingezeichnet hat. Auch Dem sind wir nicht entgegen, daß ein Volk mit solcher Vergangenheit und so entschieden ausgeprägter Nationalität dieser seiner Nationalität eine deren Sicherheit verbürgende und seiner Bedeutung entsprechende politische Gestalt sich zu geben bemüht hat. Aber ohne den Werth der nationalen Idee irgendwie zu unterschätzen, glauben wir derselben nicht die absolute Geltung beilegen zu dürfen, die ihr in Italien vindizirt worden ist, eine Geltung, vor der alles Recht, sei es das Völkerrecht, sei es das Vertragsrecht, jedes Interesse, sei es auch das wichtigste und unzweifelhafteste, sich beugen müssen. Hier im Hause, meine Herren, wird, mit Ausnahme derjenigen Mitglieder etwa, welche sich leider weder in diesem Hause, noch in diesem Lande als einheimisch betrachten und betrachten wissen wollen, kein Mitglied sich finden, welches dem Nationalitätsprinzip so unbedingte, ich möchte sagen, souveräne Bedeutung beimesse möchte. Eben so dürfte kaum unter den größeren europäischen Regierungen irgend eine gefunden werden, welche das Nationalitäts-Prinzip auf diese Weise gegen sich in Anwendung zu bringen mit ihrem Interesse in Einklang fände. Sollte aber doch von irgend einer Seite der italiensche und ernste Versuch gemacht werden, das Staatsgebäude Europa's auf rein nationalen Grundlagen zu konstruieren, so würde damit das Signal gegeben sein zu weiterschüttenden Unwälzungen, zu blutigen und in ihren Folgen unabsehbaren Kämpfen.

Auch ein anderes Prinzip, das sogenannte Interventions-Prinzip, vermögen wir nicht als ein für uns unter allen Umständen bindendes und maßgebendes zu erkennen. Gleichwohl haben wir in Betreff der italienischen Angelegenheit aus jeder aktiven Einmischung italiensclich enthalten zu müssen geglaubt. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Unwissheit über die letzten Ziele und Resultate dieser Bewegung; die Möglichkeit, daß neue und ernste Konflikte daraus entstehen bei der Verschiedenheit der Stellung, welche die einzelnen europäischen Mächte zu derselben einzunehmen, die Abwesenheit jedes direkten Interesses und schon die räumliche Entfernung legte uns die Pflichten großer Vorsicht und Zurückhaltung auf; eine zuwartende und beobachtende Stellung zu nehmen, war allein dem preußischen Interesse entsprechend.

Nichtsdestoweniger ist diese Politik von verschiedenen Seiten einer gewissen tendenziösen Färbung angeklagt worden. Ich muß mich auf das Allerentchiedenste gegen diesen Vorwurf verwahren; die preu-

bische Regierung ist sich bewußt, sich keineswegs durch Sympathien und Antipathien, eben so wenig wie durch Tendenzen leiten gelassen zu haben, sondern durch das wohlverstandene Interesse des Vaterlandes, wie das allein der Fall gewesen ist auch in Betreff der inneren deutschen Politik. Zur Begründung dieses Vorwurfs einer tendenziösen Politik sind verschiedene Thatsachen angeführt, auf die ich nicht weiter eingehen will, da in der Discussion selbst keine Rede davon gewesen ist.

Was insbesondere Venetien betrifft, so ist von keiner Seite bestritten worden, daß der Besitz derselben zunächst für Österreich, mittelbar aber auch für das gesamte Deutschland von großer militärischer und strategischer Wichtigkeit sei. Diesen Satz näher auszuführen und zu begründen, ihn nach seinen Konsequenzen zu verfolgen, ist nicht sowohl eine politische als militärisch-technische Aufgabe. Ich will nur infolge darauf eingehen, als ich bemerke, daß auch unser großer Generalstab die Ansicht von der hohen militärisch-strategischen Bedeutung Venetiens für das gesamte Deutschland in vollkommenstem Maße teilt. Wenn hiernach in dieser Beziehung ein ziemlich allgemeines Einverständnis zu herrschen scheint, so will ich Dies konstatiren, aber keine andere Konsequenzen daraus ziehen, als die, daß die preußische Regierung sich nicht dazu berufen fühlen kann, der österreichischen Regierung die Verzichtsleistung auf Venetien anzurathen oder die Abtretnung derselben direkt zu befördern.

Die venetianische Frage vermögen wir weder als eine unmittelbare, noch als eine unvermeidliche zu betrachten. Österreich scheint entschlossen, aus seiner defensiven Stellung nicht herauszugehen; auch die sardinische Regierung erklärt, nicht die Absicht zu haben, zum Angriff gegen Österreich vorzugehen. Es versteht sich von selbst, daß wir beide Kabinete in diesem Entschluß zu verstärken suchen. Ein Gleicht geschicht von den übrigen Großstaaten, und man darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß es gelingen werde, den drohenden Konflikt nicht bloß hinauszuschieben, sondern ihn vielleicht ganz zu beseitigen.

Dem Vorschlage des Herrn v. Vincke vermag ich nicht beizustimmen, denn es ist unverkennbar, daß derselbe, wenngleich nicht nach seiner Tendenz, doch nach seiner Konsequenz, die Politik der Regierung in unzulässiger Weise vinkulirt, und zwar nicht bloß in Beziehung auf die italienischen, sondern auch in Beziehung auf die allgemeinen europäischen Verhältnisse. Ich bemerke und betone es, daß es keineswegs auch für die Zukunft in der Absicht der preußischen Regierung liegt, sich in die italienische Bewegung, sofern es sich nur um solche handelt, thätig einzumischen. Allein, meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Bewegung möglicherweise eine Ausdehnung gewinnen kann, die uns nötigt, tatsächlich gegen dieselbe einzuschreiten. Namentlich würde dies der Fall sein, wenn diese Bewegung auch auf deutsches Bundesgebiet sich erstrecken, ja solches ausdrücklich in Anspruch nehmen sollte. Meine Herren, daß Befürchtungen dieser Art nicht ganz aus der Lust gegriffen sind, darüber erlaube ich mir, mich zu beziehen auf einen mir vorliegenden Artikel des in Turin erscheinenden Blattes „Opinione“, worin es heißt: „Wenn, um Verona zu nehmen, ein äußerstes Stück des deutschen Bundes berührt werden müsse, so könnte Das als ein Eingriff auf Deutschland angesehen werden!“ (Verwunderung und Gelächter) Es ist ferner nicht ganz außer Auge zu lassen, daß die Frage in ihrem weiteren Verlauf zu neuen Konflikten, welche einen europäischen Charakter annehmen können, Veranlassung geben kann; allein allen diesen Eventualitäten scheint mir das Amendement v. Vincke mehr oder weniger zu präjudizieren, und ich muß deshalb dringend bitten, das Amendement abzulehnen; ich möchte auch den

Wunsch ausdrücken, daß auch kein anderes Amende-
ment in Beziehung auf die italienische Frage zur An-
nahme gelangen möge.

Oesterreich.

Wien. Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Bischof Wittmann Vereine zur Gründung einer Erziehungsanstalt für arme Knaben in Regensburg 300 Gulden gnädigst gespendet.

Wien, 7. Februar. Aus Belgrad wird der „Oest. Ztg.“ mitgetheilt, daß der Fürst Michael Obrenowitsch, der seit einiger Zeit leidend ist, einen Arzt aus Wien telegraphisch zu sich berufen habe.

— Das Fortbestehen der Universitäten in Graz und Innsbruck, welches durch das vom Minister Góskowolski beantragte Ersparungs-System gefährdet war, darf nun als gesichert betrachtet werden. Wie wir erfahren, haben sich die Handelskammern im Verein mit den Gemeinderäthen und Provinzialständen ver. betreffenden Kronländer dahin vereinigt, nicht nur die zur bisherigen Erhaltung der genannten beiden Universitäten erforderlichen Fonds gemeinsam zu bestreiten, sondern diese letztern dahin zu erweitern, daß in Zukunft auch die medizinische Fakultät, welche bisher nur auf das chirurgische Studium beschränkt war, vollständig zu errichten.

— Arthur Görgey richtet an den „P. R.“ einen Brief, in welchem er sich dahin ausspricht, es sei seine innige Überzeugung, „daß Ungarn nach so vielen Leidern des Oelzweiges bedarf, nicht aber der blutigen Fahne. Bewahre Gott die Brüdervölker dieser Nation vor abermaligen Verwicklungen, die einzige und allein der Kriegsmann in Ordnung bringen kann. Wobin die Politik der Naché führt, darüber nachzudenken, hat man jetzt in Wien Gelegenheit. Gebet der Gott der Ungarn, daß sein Volk nicht jetzt wieder im Begriffe sei, durch seinen eigenen Schaden Flug zu werden, und möge er Selbstverlängnung verleihen den Männern, die berufen sind, diebstets wie jenseits der Leitha das heilige Wort aufrichtiger, also ohne Zweifel auf dem gesetzlichen Boden von 1847—48 beruhender Verlobnung zu verkünden.“

Schäffburg, 1. Februar. Die Schäffburger Kommunität hat, wie die „Hermannstädter Zeitung“ mittheilt, in ihrer Sitzung vom 23. Jänner beschlossen, da auf die Gesuche wegen Wiederherstellung der sächsischen Verfassung noch immer keine Eiledigung gekommen, Sr. Majestät im Wege der siebenbürgischen Hofkanzlei auf's Neue eine diesfällige Petition zu unterbreiten, und darin zugleich gegen die etwaige Ernennung der sächsischen Oberbeamten Verwahrung einzulegen.

Der in Neusag erscheinende „Serbisk Dnewnik“ veröffentlicht ein Schreiben des Generals G. v. Stratimirovitsch an Franz Deak, worin gezeigt wird, daß Ungarn abermals über die Zukunft der Woiwodianer Serben entscheiden wolle, ohne sie zu fragen. So wie auf den Landtagen 1792 und 1848, so schlage Ungarn nun schon zum dritten Male den gefährlichen Weg ein, über das Schicksal der Serben durch Verneinung ihrer historischen Rechte und Nationalität zu entscheiden. Nicht die Vereinigung mit der ungarischen Krone — denn diese erkenne er selbst als nothwendig für die gesetzliche Zukunft der beiden Volksstämme — — wohl aber die Art und Weise, wie diese Vereinigung geschah, sei weder politisch noch gerecht. Für sich selbst streben die Magyaren mit so unerschütterlicher Festigkeit die nationale Berechtigung an, den Serben zu verweigern sie selbe. Wollen die Magyaren das Misstrauen und die Bitterkeit, die dadurch erregt werden, und welche die Entwicklung eines konstitutionellen Ungarns befürchteten könnten, bannen, dann sollen sie beweisen, daß sie nicht mehr wie im Jahre 1848 magyarisieren wollen und daß sie die historischen Rechte der Serben achten, daß sie den Bestand der Serben als Nation garantieren. Dazu sei vor Allem eine Nationalversammlung der Serben nothwendig, die gemeinsam mit dem ungarischen Landtag die Grundzüge feststellen soll, auf welchen die Vereinigung der Woiwodina mit Ungarn zu beruhen habe.

Bon der dalmatinischen Grenze schreibt man dem „Pozor“: Einige Bosniaken, die aus Unzufriedenheit erzählten schauderhafte Dinge über die türkische Wirthschaft in Bosnien. Die Türken nennen das Drittel, den Zehent und überließ, was ihnen sonst noch beliebt, und verüben die größten Gewaltthaten an der armen Rosa. Wer nicht zahlt oder wer sich beschwert, daß ihm Unrecht geschehe, den quälen sie auf verschiedene Weise. Unter Anderm haben sie eine Anzahl von 20 — 30 Menschen in's Freie auf's Eis gesetzt, sie mit Wasser begossen, bis sie ganz starr waren u. dgl. m.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Februar. Die „Bad. Post“ schreibt: Bekanntlich leben in unserem Großherzogthum

noch mehrere Geistliche, über welche die Excommunicatio major verhängt ist. Zu ihnen gehört auch Herr Dekan Haberstroh, ein in jeder Beziehung ausgezeichneter und würdiger Priester. Ungeachtet wiederholter Bittgesuche von Seiten desselben hat das Ordinariat bisher sich hartnäckig geweigert, eine Aufhebung der Exkommunikation zu beantragen. Dagegen hat die großherzogliche Regierung einen neuen Beweis ihrer Humanität und Gerechtigkeitsliebe gegeben, indem sie den Tschüttel des Herrn Dekan Haberstroh auf jährl. 600 fl. erhöhte. Es steht zu erwarten, daß dem Herrn Dekan später eine gesetzliche Pensionierung zu Theil werden möge.

Stuttgart, 5. Februar. Der heutige „Württ. Staatsanzeiger“ eröffnet seine Spalten mit einem heftigen Auftakt gegen den National-Verein. Wenn die Mitglieder dieses Vereins sich das Recht nehmen, die Massen für ihre Ansichten zu gewinnen (sagt er u. a.), so dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Regierungen das nämliche Recht ausüben und „mit vereinten Kräften“ suchen, solchen Umsturzplänen entgegen zu arbeiten.

Frankreich.

Paris, 6. Februar. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers bejonte Graf Morny die vom Kaiser den großen Staatskörpern vorgezeichnete Mission, die vornehmlich in einer freimüthigen Bequemlichkeit seiner Handlungen zu bestehen habe. Weiter erwähnte er, daß die Kammer ihre Sekretäre fortan, sowie im Senat, selbst wählen werde. Für die möglichst vollständige Berichterstattung in den öffentlichen Blättern werde zwar Sorge getragen werden; nichtsdestoweniger dürfte es hier wie bei allen menschlichen Dingen geben, man werde nämlich nicht alle Welt zufrieden stellen können. Nachdem Herr von Morny noch die Abschaffung des Gebrauches, welcher den Staatsräthen vorschreibt, in Uniform zu erscheinen, beiprochen hatte, sagt er zum Schlusse, daß zwei Mal eine mächtige Hand das Gebäude wieder aufgerichtet habe, aber daß dies das erste Mal sei, daß diese Hand sich aus freien Stücken, inmitten der Ruhe und des Friedens öffne, um dem Lande einen Theil der Rechte wiederzugeben, auf welche dieses einen heilsamen Verzicht geleistet habe. Die politische Freiheit sei die Krönung jeder zivilisierten Gesellschaft, sie vergrößere die Nation und den Bürger. Die Ehre erhebe es, ihre Dauer und ihre Entwicklung zu begünstigen; aber sie werde nur durch Ordnung und Sicherheit in Frankreich definitiv Wurzel fassen.

Admiral Barbier de Tinan hat Paris am 6. d. M. verlassen, um sich nach Toulon zu begeben; das Mittelmeergeschwader trifft Australien, um im März in See gehen zu können.

Vor und in Gaeta ist die Zahl der Batterien vermehrt worden; die der Piemontesen scheinen nicht sowohl auf die Eröffnung einer Bresche, als auf die Fortsetzung der Beschießung der Stadt berechnet zu sein. Die Meldungen, daß Gaeta am Vorabend einer Kapitulation stehe, erscheinen — wie der „Pays“ bemerkt — bis jetzt in keiner Weise begründet und nichts berechige zu der Voraussetzung, daß die Besetzung ohne regelmäßige Belagerung erliegen werde. Ernstige Operationen, wenn sie auch nur in einer Beschießung bestehen sollten, dürften schwerlich vor dem 10. d. M. beginnen können und es wäre besser, die Wahrheit mitzuteilen, als das Publikum in Illusionen zu erhalten, die später in den Thatsachen ihre Widerlegung finden.

Noch meldet „Pays“, daß die piemontesische Regierung Maßregeln trifft, um die Einfälle organisirter Korps in die römischen Staaten zu verhindern. Die von Spoleto aufgebrochene Brigade Ravenna soll die Provinz Nelli decken.

Die vom General Pinelli geführte Brigade Bologna, die ihre Operationen in der Delegation Acoli in der Richtung gegen Arguata beendet hat, soll nördlich von Tagliacozzo durch die Gebirgsplätze von Norcia vorrücken und das Corps des General Sonzogno zwischen Sora und Tagliacozzo gegen Frostione agieren. Die päpstliche Regierung soll sich ebenfalls entschlossen haben, von Frostione aus drei Kompanien zu entsenden, um die Entwaffnung einer angeblich von Veroli aus gekommenen Truppe zu bewerkstelligen.

Großbritannien.

London, 5. Februar. Im Unterhaus wird die Adresse vorgeschlagen. White protestiert mit Unwillen gegen die gänzliche Weglassung der Reformfrage in der Thronrede; er schlägt ein Amendum vor, welches beauftragt, daß es Pflicht der Regierung sei, Maßregeln zur Erweiterung der Wahlstimmen vorzulegen, indem sie die von dem Ministerium bei seinem Austritt übernommenen Verbindlichkeiten zur Ausführung bringe. Seymour unterstützt die Amendements und tadelte die Regierung wegen ihrer übermäßigen Kriegsausgaben.

D'Israeli behauptet, daß der Erfolg der Regie-

rung in der letzten Session nicht der Art gewesen sei, zu einer neuen Reform-Maßregel aufzumuntern. Was übrigens die auswärtige Politik betreffe, so wünsche er den Stand der Beziehungen zwischen Frankreich und England zu kennen, sowie ob das gute Einvernehmen erschüttert habe. Die Freiheit Italiens ist noch nicht erlangt. Rom und Venetia haben noch nicht die Thatfreiheit. Frankreich kann nur Italien helfen, indem es seine Soldaten aus Rom zurückzieht und die Österreicher aus Venetia vertreibt hilft. Aber alsdann könnte Frankreich Italien Bedingungen machen und Kaiser Napoleon befände sich an der Spitze einer Million Soldaten, was einen für England gefährlichen Zustand der Dinge ergeben würde.

Lord John Russell bezweifelt nicht, daß die englische Politik in Italien Erfolg haben werde. Wenn es den Italienern gelänge, ein einiges Italien zu gründen, so würde dieses Resultat der Regierung angenehm sein. Solches waren ihre Ansichten, als sie ihre letzte Depesche auf die von Vattel festgestellten Prinzipien gegründet, absandte. Piemont vertheidigt eine gerechte Sache. Frankreich, Österreich, Russland und Preußen haben versucht, der italienischen Freiheit Einhalt zu thun. Der morolische Einfluß Englands bat die Sache Italiens unterstützt. Napoleon hat sich verbindlich gemacht, in Italien mit Waffengewalt nicht zu interveniren. Über diesen Punkt ist England vollkommen einig mit Frankreich. Kaiser Napoleon hat seine Missbilligung sehr energisch ausgesprochen in Betreff jeden Versuchs von Seite Piemonts den Frieden von Zürich zu brechen und Venetien anzugreifen.

Die englische Regierung hat gleichfalls notifizirt, daß sie einen Angriff Venetiens nicht billigen kann. Sie hat ihre Meinung in Turin und in Paris zu wissen gehabt, aber die englische Regierung ist entschlossen, diese Intervention nicht zu übersehen, und sie glaubt, daß der Friede nicht gestört werden wird. Es ist zu hoffen, daß Österreich fähig sein wird, seine inneren Angelegenheiten zu ordnen und daß Preußen seine Differenz mit Dänemark schlichten werde, aber wenn der allgemeine Krieg ausbräche und England auch anfangs in denselben nicht verwickelt sein sollte, so könnte doch der Gang der Ereignisse, einen Staat in Gefahr bringen, für welchen England eine tiefe Sympathie habe, und alsdann würde es in den Krieg hineingezogen sein. Dies ist der Grund, warum die Regierung so sehr die Aufrechthaltung des Friedens in Europa wünscht.

Zum Schlusse erklärt Lord John Russell, daß er nicht der Ansicht bestimmt ein Reformprojekt vorzulegen.

Das Haus gibt sodann zur Abstimmung des White'schen Amendements über; dafür sind 46, dagegen 129, Majorität dagegen 83 Stimmen. Die Adresse ist abg. stimmt.

Im Oberhaus erklärt Lord Derby: Ich bin glücklich, darlegen zu können, daß die Abschaffung der Adresse derart ist, daß keine Verpflichtung vorbanden ist, die bei dieser Gelegenheit wünschenswerthe Harmonie zu brechen. Ich bedauere, daß die königliche Rede des Elends der armen Klassen nicht erwähnt. Ich bedauere ebenso, daß keine Mitteilung in Betreff der finanziellen Lage des Landes gemacht worden ist. Er spricht sodann von den Angelegenheiten Italiens, kritisiert die Depesche Lord John Russell's und wünscht zu wissen, ob die Regierung dasselbe Vertrauen in die friedliche Politik Napoleons habe. Er betrachtet den Weitseifer der Länder in Rüstungen mit Besorgniß. Die letzte Rede des Kaisers Napoleon, obwohl in Worten friedlich, enthalte Prinzipien, welche ein aggressives System verbürgen.

Graf Granville erwidert, daß die Beziehungen zum Auslande sehr befriedigend sind, hauptsächlich zu Frankreich, dessen Allianz große Vorteile bieten wird.

Die Adresse wird angenommen.

— Als Beweis, wie rasch die Ureinwohner in den Kolonien absterben, wenn das europäische Element ihnen nahe steht, wird in den Ausweisen des Kolonialamts die Thatsache angeführt, daß von 10 Stimmen in Tasmania (früher Van-Diemens-Land) nur mehr vierzehn Personen am Leben sind, neun Frauen und fünf Männer, darunter vier verheiratete, aber kinderlose Paare. Die Einwohner selbst sind der Ansicht, es röhre dies von dem durch den Einfluß der europäischen Einwanderer geänderten Lebensgewohnheiten her.

Spanien.

Madrid. Die Nachricht, daß Graf von Montemolin einige Tage vor seinem Tode ein Manifest erlassen habe, bestätigt sich vollkommen. Das Manifest war vom 1. Jänner datirt. Der Präsident erklärt, daß seine Verzichtleistung auf den spanischen Thron, zur Zeit, als sie erfolgte, ernst gemeint war; er habe das Opfer ohne Hintergedanken gebracht. Später wurde er von seinen Anhängern bestürmt, seinen Schluss rückgängig zu machen; es wurde geltend ge-

macht, daß er keine Persönlichkeit, sondern eine Partei repräsentire, und dieses Argument habe ihn bestimmt, seine Abdankung zu widerrufen. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er eine Revolution in Spanien hervorzurufen suchte im Augenblicke, wo dieses Land in einem Kriege mit Marokko begriffen war. Sonderbarer Weise beruft er sich auf das Beispiel der französischen Revolutionäre im Jahre 1830, welche die Regierung der Restauration angriessen, gerade als sie den Krieg gegen den Dey von Algier unternommen hatte.

Russland.

Aus dem Kaukasus wird berichtet, daß in Dagestan die friedliche Eroberung des Landes rasche Fortschritte macht. Das wichtigste Mittel derselben sind die Straßen, an denen sehr fleißig gebaut wird. Nächstens wird man nach Gunib (der letzten Burg Schamyl's) zu Wagen gelangen können. Freiwillige Anstalter aus dem Gouvernement Kursk waren eingetroffen und werden sich, wie es heißt, mit der Zucht von Merino-Schafen beschäftigen. Die Jugend soll große Lust zeigen, in russische Kriegsdienste zu treten, und bei jeder Rakanz in dem kaukasischen irregulären Kavallerie-Regiment sollen sich zehn Kandidaten statt einem melden.

Türkei.

Aus Konstantinopel, 2. Februar, berichtet man: Die Bulgaren überreichten nenerdings ein Gesuch um Errichtung einer besondern Hierarchie. Derwisch Pascha wurde von Petersburg abberufen. Bely Pascha geht über Paris nach Berlin, um den König zu beglückwünschen. Hiaïl Pascha, Generalgouverneur von Bagdad, ist abberufen und verhaftet worden. Der armenische Patriarch in Jerusalem ist gestorben. Das „Journal de Constantinople“ dementirt die Aussicht neuer Armeekorps an der Donau und die Ernennung eines Oberbefehlshabers.

Amerika.

Die Krise in Nordamerika geht unaufhaltsam ihren Gang. Nicht nur in den südlichen Staaten, auch in den nördlichen regen sich allerhand Sonderluste. In dem Staate Maine wurde eine Denkschrift an den Governor des Staates gerichtet, von 10 der angesehensten Männer und 19.000 anderen Einwohnern dieses Staates unterzeichnet, worin gebeten wird, die Regierung möge Maßregeln ergreifen 1) zur Trennung dieses Staates von der Union, und 2) zur Gründung von Unterhandlungen mit der britischen Regierung bezügs der Wiederaufnahme Maine's in das Reichsgebiet Ihrer Majestät und Vereinigung dieser Länderei mit den angrenzenden Provinz Kanada.

Vermischte Nachrichten.

Der „Gloss“ erzählt folgenden unfreiwilligen Nationalwitz aus Lemberg: Der Magistrat richtete eine amtliche Anfrage an die Janover Gemeinde, ob sie die amtlichen Erlasse polnisch oder ruthenisch zugestellt wünsche? „Polnisch und ruthenisch zugleich!“ — antwortete diese — ruthenisch, weil wir Ruthenen sind, polnisch aber, damit wir Euer unverständliches amtliches Ruthenisch verstehen!“

— Bekanntlich wurde im Jahre 1845 durch Professor Schönbein in Basel und Professor Böttcher in Frankfurt die Schießbaumwolle erfunden. Es kam jedoch sehr häufig vor, daß die Schießwolle in Folge der beim Laden entstandenen Reibung oder in Folge des durch den Ladestock erzeugten Druckes explodirte, und der Schuß den Ladenden töte oder verwundete. Ein solches Unglück passirte namentlich in Vincennes, wo die französische Artillerie Proben mit der Schießbaumwolle hielt. Ein Frankfurter Bürger Namens Stephanus, erzeugt nun, wie die „Schützenzeitung“ meldet, eine Schießwolle, die, selbst auf den Ambos gelegt und mit dem Hammer gequetscht, sich nicht entzündet. Diese Erfindung hat derselbe der österreichischen Regierung angezeigt; sie wurde jedoch einem dem Sohn des Erfinders, welcher in Innsbruck Jura studirt und die Sache seines Vaters vertritt, zugekommenen Erlasse zufolge, abgelehnt. Aus welchem Grunde, oder ob vielleicht die österreichische Regierung selbst schon im Besitze des angekündigten Mittels ist, ist uns nicht bekannt. (Es scheint, daß letzteres der Fall ist.) Interessant ist folgende Mittheilung des Herrn Stephanus: Lange schon vor der angenommenen Erfindung der Schießbaumwolle durch Schönbein und Böttcher hat dieselbe Erfindung Herr Stephanus, Buchbindermeister in Frankfurt, durch folgenden Zufall gemacht: Er benötigte zur Färbung von Leder Schwefel- und Salzsäure, die er aus der Apotheke holen ließ. Der Apotheker vergriß sich und gab statt Salzsäure Salpetersäure, welche durch die Farbe von der ersten sich nicht unterscheidet. Als der Buchbinder die Säure mischte, entstand ein chemischer Brand,

und das irdeene Gefäß zersprang. Der Meister griff nun nach seinem baumwollenen Taschentuch und warrte die Hand damit umwickelt, das Gefäß auf den steinernen Boden, um den Tisch zu retten. Dabei wurde das Taschentuch mit der Mischung getränkt, ohne im geringsten beschädigt zu werden. Das Taschentuch wurde sofort im kalten Wasser gewaschen und an den eisernen Ofen zum Trocknen gehängt. Während nun der Meister sonst sich beschäftigte, explodierte plötzlich das Taschentuch und war zur nicht geringen Überraschung des Meisters verschwunden. Der um Aufklärung angegangene Apotheker gestand den Irrthum durch Verwechslung der genannten Säuren. Stephanus versorgte die zufällig gemachte Entdeckung nicht weiter. Erst im Jahre 1853 machte er den Versuch, Schießbaumwolle zu erzeugen. Schon der erste Versuch gelang vollkommen, obgleich die Mischung mit allen Nebenständen nur nach Gividunk gewählt war.

Venoste Nachrichten und Telegramme.

Pest, 8. Februar. Die heutige Stadtgemeinde hat in ihrer heutigen Kommunal-Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Mit Beginn des neuen Schuljahres die Realschule in eine ungarische zu verwandeln, die der ungarischen Sprache unkundigen städtischen Elementarlehrer zu entlassen, dem deutschen Staatsgymnasium die Lokalitäten zu kündigen und den Fürsten Primas um Ersetzung des Vorstandes der Präparandie und der Oberin der englischen Fräuleins durch ungarische Individuen zu bitten. Die Karmeliter-Brüder fern vor dem städtischen Friedhof zu entfernen.

In derselben Sitzung wurden für das Széchenyi-Monument 6000 fl. gezeichnet.

Pest, 8. Februar. Eine Honihor Korrespondenz des hiesigen Journals „Gegenwart“ meldet mit Bestimmtheit, daß in diesem Komitee mit der Eintrittung der Domestiksteuer u. s. mit 32 fr. pr. Gulden der bisherigen Steuer faktisch begonnen worden sei.

Pest, 8. Februar. (Teleg. der „Presse“). Nach dem „Sürgöny“ ist die auf den 14. Februar anberaumte Zusammenkunft des Hofkanzlers Baron Bay mit den Obergespanen von großer Bedeutung. Der Hofkanzler wollte, sagt das Blatt, mit den Municipien in's Reine kommen, und wenn dieses nicht möglich sein sollte, den ungleichen Kampf eines Einzelnen gegen viele aufgeben.

Pest, 9. Februar. (Teleg. der „Presse“). Ein Reskript des ungarischen Hofkanzlers Baron Bay schlägt die Blüte der Pester Stadtrepräsentanz, den Landtag nach Pest zu berufen, ab, und hält die Bestimmung des Einberufungs-Schreibens, nach welchem der ungarische Landtag in Osten zusammenentreten soll, aufrecht.

Pest, 9. Februar. Die Repräsentanz der Stadt Pest hat in heutiger Sitzung mit 48 gegen 20 Stimmen den Beschuß gefaßt, daß das Kanzal'sche Zunftgesetz vom Jahre 1848 bis auf weiteres unverändert in Kraft zu setzen sei; somit ist die Gewerbefreiheit von der Hauptstadt des Landes verworfen.

Fiume, 8. Februar. Aus Anlaß der in den letzten Tagen hier vorgekommenen Demonstrationen und Gewaltthärtigkeiten eilte der Obergespan eine abmahnende Kundmachung. Die zur Berathung einer provisorischen Municipal-Organisation ernannte Kommission beschloß bis 1. März alles im status quo zu belassen.

Berlin, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenkamtes wurde die Aores-Debatte fortgesetzt. Hinsichtlich der kurhessischen Frage erklärte Herr v. Schleinitz, er hoffe noch eine glückliche Lösung. Mit Waffengewalt die Verfassung vom Jahre 1831 einzuführen, würde für Preußen in höherem Grade dasselbe Unrecht sein, wie wir es dem Verfahren des Bundes vorgeworfen. Eine Aktion auf Grund des bestrittenen Bundesbeschusses werde Preußen nicht dulden können. Die kurhessische Frage gehe Preußen nur in soferne an, als sie am Bundestage verhandelt werde, sonst sei sie lediglich eine innere Frage des Landes Kurhessen.

Frankfurt a. M., 8. Februar. Die gesetzgebende Versammlung beschloß fast einstimmig: 1) auf Antrag Dr. Textors, in Betreff des Antrags der darunter städter Regierung beim Bunde, gegen den sogenannten Nationalverein, den Gesandten Frankfurts dazuhin zu instruiren, nicht nur gegen den großherzoglich hessischen Regierung angezeigt; sie wurde jedoch einem dem Sohn des Erfinders, welcher in Innsbruck Jura studirt und die Sache seines Vaters vertritt, zugekommenen Erlasse zufolge, abgelehnt. Aus welchem Grunde, oder ob vielleicht die österreichische Regierung selbst schon im Besitze des angekündigten Mittels ist, ist uns nicht bekannt. (Es scheint, daß letzteres der Fall ist.) Interessant ist folgende Mittheilung des Herrn Stephanus: Lange schon vor der angenommenen Erfindung der Schießbaumwolle durch Schönbein und Böttcher hat dieselbe Erfindung Herr Stephanus, Buchbindermeister in Frankfurt, durch folgenden Zufall gemacht: Er benötigte zur Färbung von Leder Schwefel- und Salzsäure, die er aus der Apotheke holen ließ. Der Apotheker vergriß sich und gab statt Salzsäure Salpetersäure, welche durch die Farbe von der ersten sich nicht unterscheidet. Als der Buchbinder die Säure mischte, entstand ein chemischer Brand,

schen Antrag zu stimmen, sondern auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zu wirken. 2) Auf Antrag des Dr. Braunfels, den Senat zu ersuchen, daß er durch den Gesandten Frankfurts beim Bundesrat nach Kräften auf Schaffung einer starken Zentralgewalt mit Volksvertretung hinwirke.

Nom, 6. Februar. Starke piemontesische Kolonnen gehen durch Umbrien nach Neapel. Aus Neapel wird berichtet: Avola, Avelino und Ascoli sind im Aufstande. Der russische Gesandte Fürst Wolkonski ist krank. Ein anderer russischer Diplomat wird dem König und dessen Brüdern das große Band des weißen Adler-Ordens überbringen.

Nom, 8. Februar. Aus Gaeta wird vom 6. d. M. gemeldet: Gestern sprengte eine Bombe der Piemontesen ein kleines provisorisches Pulverdepot für zwei Kanonen nächst dem Thore der Landseite in die Luft. Die Explosion fügte einige Mauern der dritten inneren Umwallung über den Haufen. Zwei Männer wurden getötet. Der Schade ist äußerst geringfügig, und wird ausgebessert. Die piemontesischen Batterien unterhalten während der Nacht ein ziemlich lebhaftes Feuer, aber ohne Erfolg. In der vorletzten Nacht hat ein noch nicht aufgelarter Kampf zwischen zwei Dampfern stattgefunden.

Eine Adresse der bayerischen Frauen an die Königin ist angekommen.

Perugia, 3. Februar. Einige umbrische Bischoße unter der Leitung des Erzbischofs von Spoleto beabsichtigen ein Annulirungs-Gesuch gegen das die Klöster aufhebende Dekret. Der Advokat Cervelli aus Genua ist zur Führung dieses Prozesses eingetroffen.

Turin, 7. Februar. Die heutige „Opinione“ berichtet aus Mailand vom 6. d. M.: Der hohe lombardische Klerus erließ ein Rundschreiben an sämtliche Pfarrer, von welchen es am verflossenen Sonntage von der Kanzel veröffentlicht wurde, damit siebe auf das Gewissen der Christen gegen die von der Regierung einzuführende Ziville einwirken mögen.

Mailand, 9. Februar. Viktor Emanuel reist nächsten Montag in Begleitung der Minister des Innern und der Justiz von Turin ab, um sich nach Mailand zu begeben; auch Gayar wird später hier eintreffen.

Paris, 8. Februar. Die Nachricht von einer Note Frankreichs an die Pforte wegen einer Enquête in Rumelien wird in Abrede gestellt.

Paris, 9. Febr. Abends. „Pays“ und „Patrie“ sagten gestern, Garibaldi habe sich verpflichtet, weder nach Ungarn noch nach Venetien einzufallen. Heute erklären diese Blätter, die Freunde Garibaldi's hätten ihnen mitgetheilt, letzterer habe keine derartige Verpflichtung eingegangen. Die beiden Journals führen bei, die Garibaldischen Freiwilligen, welche sich in Paris befinden, hätten Befehl erhalten, nach Genua zu gehen und sich zur Verfügung Garibaldi's bereit zu halten.

London, 9. Februar. In der heutigen Nachsitzung des Unterhauses bemerkte Lord J. Russell, die Drusenherrschaft seien ohne Zustimmung der Kommissare nicht einzurichten.

Im Oberhause kündigt Lord Normanby an, er werde die Aufmerksamkeit des Hauses auf die unsfreien Wahlen in Italien lenken.

Konstantinopel, 7. Februar. Frankreich hat der Pforte eine mit der russischen Note fast identische Note übergeben, in welcher die Unzulänglichkeit der Enquête in Rumelien nachgewiesen und eine permanente Konferenz verlangt wird. Die Pforte antwortet, sie habe Reformen vorbereitet.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 9. Februar 1861.

Ein Wiener Mezen	Marktpreise		Magazin-Preise	
	in österr. Währ.	fl.	fl.	fr.
Weizen		—	—	7 2
Korn		—	—	4 85/10
Gern		—	—	4 13/10
Häfer		—	—	2 65
Halbfrucht		—	—	5 10
Heiden		—	—	3 94
Hirse		—	—	3 87/10
Kulturz		—	—	4 7/10

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reoum.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
7. Februar	6 Uhr Morg.	326.87	+ 4.2 Gr.	SW.	mittelm.	1.58
	2 " Nach.	326.65	+ 7.4 "	SW.	dettlo	
	10 " Abend.	326.47	+ 3.7 "	SW.	dettlo	
8.	6 Uhr Morg.	325.99	+ 2.4 Gr.	SW.	schwach	5.00
	2 " Nach.	326.15	+ 4.1 "	SW.	dettlo	
	10 " Abend.	325.81	+ 2.1 "	SW.	dettlo	

Auflang zur Laibacher Zeitung.

Vörsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr) (Mr. Itzg. Abbtl.) Die gute Stimmung erhält sich und wird auch durch entsprechend höher Notirungen des Auslandes unterstützt. Gold und Devisen stellen sich nach mehrfachen Schwankungen zuletzt noch um circa 1% billiger als gestern. Staatspapiere, besonders aber österreich. Metalliques gesucht. Auch die meisten Spekulations-Effekten beliebt. Geld im Escompte und Leihgeschäfte flüssiger.

Öffentliche Schuld.				Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)		Steiermark	5 "	85.—	86.—	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.		Clary	40 "	34 25
Geld Ware		Mähren u. Schlesien	5 "	85.50	86.—	C. M. m. 80 fl. (40%) Ginz.	169.—	36.—	34.75	
In österr. Währung zu 5%	60.—	Ungarn	5 "	65.75	66.50	Deit. Don.-Dampfsch.-Gef.	417.—	20.—	36.50	
National-Anlehen mit		Em. Ban., Kro. u. Slav.	5 "	64.—	64.50	Oesterreich. Lloyd in Triest	180.—	20.—	20.75	
Jänner-Goup.	5 "	Galizien	5 "	62.75	63.25	Bien. Dampfs.-Akt.-Gef.	388.—	24.—	25.25	
National-Anlehen mit		Siebenb. u. Buzow.	5 "	62.—	63.—	Peischer Kettenbrücken	400.—	15.—	15.50	
April-Goup.	5 "	Venetianisches Anl. 1859	5 "	87.50	88.—	Böh. Westbahn zu 200 fl.	163.—	163.50		
Metalliques	5 "								Wechsel.	
dette mit Mai-Goup.	5 "	Nationalbank		745.—	747.—			3 Monate		
dette	5 "	Kredit-Aust. f. Handel u. Gew. zu				Nationalb. 6jäh. v. J. 1857 f. 5%	101.—	121.75		
mit Verlosung v. J. 1859	109.75	200 fl. ö. W. (ohne Div.)		165.80	166.—	bau auf 10 " detta	97.—	122.—		
" 1854	86.50	N. ö. Escom.-Ges. j. 500 fl. ö. W.		580.—	582.—	C. M. verloßbare	91.—	107.50		
" 1860 zu	500 fl.	R. Ferd.-Nordb. j. 1000 fl. C. M.		2100.—	2102.—	Nationalb. verloßbare	86.90	142.75		
	82.50	Staats-Gef.-Gef. zu 200 fl. C. M.		286.50	287.—	auf öst. W. verloßbare	87.—	143.—		
Gem.-Rentsch. zu 42 L. austr.	15.50	oder 500 fr.				Paris, für 10 Pf. Sterling		56.40		
B. der Kronländer (für 100 fl.)		Rösl. Els.-Bahn zu 200 fl. C. M.		190.—	190.50	London, für 100 Franks		56.50		
Grundentlastungs-Obligationen.		Süd-nordb. Verb.-B. 200		109.—	109.50	Kred.-Auslast für Handel u. Gew.				
Nieder-Oesterreich zu 5%	84.—	Theißb. zu 200 fl. C. M. mit 100 fl.				zu 100 fl. ö. W.	113.25	113.50		
Ob. Ost. und Salz.	5 "	(50%) Ginzahlung.				Don.-Dampfs.-G. j. 100 fl. C. M.	97.50	119.—		
Wöhmen	86.25	Südl. Staats-, Lomb.-Ven. u. Cent.				Stadtgem. Ösen zu 40 fl. ö. W.	37.50	55 " 11 " 58		
	89.50	ital. Eis. 200 fl. ö. W. 500 fr.				Esterhazy	89.—	11 " 82		
	90.—	m. 100 fl. (50%) Ginzahlung		186.—	187.—	Salm	35.75	11 " 15		

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 9. Februar 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 60.80	Silber 142.—
5% Nat.-Anl. 76.70	London 142.50
Bankaktien 746.—	k. k. Dukaten 6.81
Kreditaktien 166.30	

k. k. Lottoziehung.

Wien, 9. Februar: 24 79 47 45 43.
Graz, 9. Februar: 83 21 2 52 86.

Fahrordnung

der Böge auf der südlichen Staats-Eisenbahn vom 3. Oktober 1860 bis auf Weiteres.

a. Böge zwischen Laibach und Wien.

In der Richtung nach Wien.

Laibach Abfahrt Nachm. 1 Uhr	1 M. u. Nachts 12 Uhr	18 M.
Steinbrück	3 " 9 "	2 27 "
Marburg	6 " 24 "	Früh 5 " 42 "
Graz	8 " 42 "	8 " —
Bruck	Nachts 10 "	39 " Vorm. 9 " 57 "
Neustadt	Früh 3 "	34 " Nachm. 3 " 11 "
Wien Ankunft	5 " 20 "	5 " —

In der Richtung von Wien.

Wien Abfahrt Vorm. 9 Uhr	30 M. u. Nachts 11 Uhr	— M.
Neustadt	11 " 19 "	12 " 46 "
Bruck	4 " 28 "	Früh 5 " 42 "
Graz	6 " 24 "	7 " 48 "
Marburg	8 " 36 "	Vorm. 9 " 58 "
Steinbrück	Nachts 11 "	46 " Nachm. 1 " 19 "
Laibach Ankunft	2 " 7 "	3 " 40 "

b. Böge zwischen Laibach, Triest und Venetig.

In der Richtung nach Triest und Venetig.

Laibach Abfahrt Nachts 2 Uhr	17 M. u. Nachm. 3 Uhr	50 M.
Triest Ankunft Früh 8 "	16 "	Abends 9 " 48 "
Benedig " Nachm. 2 "	48 "	Früh 4 " 50 "

In der Richtung nach Triest und Venetig.

Venedig Abfahrt Nachts 11 Uhr	— M. u. Vorm. 10 Uhr	36 M.
Triest " Früh 6 "	45 "	Abends 6 " 15 "
Laibach Ankunft Mittag 12 "	36 "	Nachts 12 " 8 "

c. Böge zwischen Laibach und Kanizsa.

Absfahrt von Laibach Nachts 12 Uhr 18 Minuten.

Kanizsa Früh 5 "	—	
Ankunft in Kanizsa Vorm. 10 "	25 "	

Fremden-Anzeige.

Den 8. Februar 1861.

Mr. Wassisch, Gutsbesitzer, von Graislach. — Mr. Wasser, Handelsmann, von Wien. — Mr. Barisch, Handelsmann, von Triest. — Die Herren Manzoni, Handelsmann, und — Debella, Gymnasiallehrer, von Udine. — Fr. Matschnig, Private, von Villach. — Fr. Berger, Pächterin, von Kainhos.

J. 246. (1)

Zu verkaufen

ist eine Parthe von beiläufig 220.000 St. Ziegelseinen von vorzüglicher Qualität, welche sich in der Nähe der Eisenbahn-Station Franzdorf befindet. Kauflustige wollen sich an den Ingenieur Giordani, wohnhaft in Laibach, in der St. Petersvorstadt Nr. 90, um das Weiterre wenden.

J. 244.

Zum Verkaufe wird angeboten:

1 ein Stock hohes Haus in Laibach mit Hofraum, Brunnen und Garten und mehreren Lokalitäten, vorzüglich zum Gasthaus geeignet, im Extrage von 460 fl.; um 4500 fl. gegen Abzahlung von nur 1500 fl. beim Kaufabschluß. Joh. Am. Schüller zu Laibach, Polana-Vorstadt Nr. 23, autor. Agent.

3. 193. (2)

Wohnungs-Veränderung.

Med. & Chir. Dr.

Fritz Keesbacher

wohnt seit 1. Februar 1861 am Hauptplatz Nr. 5, I. Stock, im Hause des Herrn Apothekers RAMM.

Ordinationsstunde 8 — 9 Uhr Morgens, und 12 — 2 Uhr Mittags.

Für Arme unentgeltlich.

3. 1877. (23)

Bestellungen

auf guten trockenen Tors

werden in der Nürnbergerwarenhandlung des Herrn Anton Weimann am Hauptplatz und im Meierhof des Herrn Karl Wall entgegen genommen und prompt effektuiert. Eine einspännige Wagenladung kostet 2 fl. 60 fr. ö. W., eine zweispännige Wagenladung 5 fl.

3. 233. (2)

Anzeige.

Um vielseitigen Wünschen zu entsprechen, ist sowohl am Kongressplatz Nr. 23, sowie auch auf der Wienerlinie Nr. 7 ein großes Lager von Confetti für die heurige

Corsosfahrt

um den möglichst billigen Preis zu haben, wozu der ergebenst Fertigte um einen zahlreichen Zuspruch bittet und für die bisher gefällige Abnahme seinen Dank ausspricht.

Johann Sacher,
Zuckerbäcker.

3. 219. (2)

Anzeige.

Wir beeilen uns hiermit zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß wir Herrn Friedrich Wagner in Laibach das General-Depot für Krain von unserem Erzeugnisse übertragen haben, wo dasselbe in stets frischer Ware zu unseren Originalpreisen vorrätig sein wird.

Tüffer im Februar 1861.

Die Tüfferer Cement-Gewerkschaft.

Indem ich mich auf diese Anzeige beziehe, erlaube ich mir bei herannahender Bauzeit zur Abnahme von

Tüfferer - Cement

einzuladen, welcher wohl allen Anforderungen entsprechen dürfte, da derselbe von dem lobl. n. ö. Gewerbeverein in Folge vorgenommener Proben, nächst dem Portland-Cement (der jetzt ungefähr sechs Mal so theuer zu stehen kommt) als das beste derartige Erzeugniß bezeichnet wurde.

Friedrich Wagner,
Comptoir: Theatergasse Nr. 42.